

Streit um Reform der Schuldenregeln

Eurozone: Ein nicht ganz uneigennützig Vorschlag des Rettungsfonds ESM / Kreditzugang langfristig nur über EU-Agentur?

DIRK MEYER

Die Haushaltslage vieler Eurostaaten scheint aussichtslos. Fünf Länder hatten im Oktober das Doppelte und mehr an Staatsschulden, was die Maastrichter 60-Prozent-Marke, gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP), zulässt: Spanien 119,6 Prozent; Zypern 112,2 Prozent; Portugal 127,2 Prozent; Italien 159,8 Prozent; Griechenland 208,8 Prozent. Finanzmarktkrise, Staatsschuldenkrise, Corona-Pandemie, demographischer Wandel – die Taschen der Staaten sind leer, doch Geld muß her für Digitalisierung, Umbau der Mobilität und Energieerzeugung sowie Klimaschutz.

Dabei sind die offiziellen Schuldendaten nicht die ganze Wahrheit. Während die Staatsschuldenquote Deutschlands offiziell mit 73 Prozent angegeben wird, kommen 369,5 Prozent an impliziten Staatsschulden für gesetzliche Renten-, Pensions- und andere zukünftige Verpflichtungen hinzu. Auch (teil-)kreditfinanzierte Nebenhaushalte wie der geplante Infrastrukturfonds entfallen der Schuldenstatistik. Den Mitgliedstaaten werden zudem die EU-Kredite des 823 Milliarden Euro schweren EU-Wiederaufbaufonds nicht anteilig zugerechnet.

EU-Schuldenregeln coronabedingt noch bis 2023 außer Kraft gesetzt

Doch tatsächlich mangelt es den Staaten nicht an Geld – oder besser Kredit. Bislang gehen die Kapitalmärkte davon aus, daß die Eurostaaten gegenseitig füreinander einspringen werden: über den Rettungsfonds ESM, die gesamtschuldnerische Haftung aller Staaten für EU-Kredite oder die EZB als „Fiskalagent“. So können Italien für 1,1 Prozent und Griechenland für 1,3 Prozent zehnjährige Anleihen herausgeben. Die eigentliche Hürde sind die Maastricht-Kriterien, die nur einen Schuldenstand von 60 Prozent des BIP und ein jährliches Defizit von maximal drei Prozent des BIP zulassen. Bei Überschreitung sind jährliche Rückführungen vorgeschrieben und auch finanzielle Sanktionen möglich – die bislang nie vollzogen wurden.

Aufgrund der Corona-Pandemie sind die derzeit geltenden EU-Schuldenregeln noch bis 2023 außer Kraft gesetzt. Doch danach wird es eng mit Begründungen für Ausnahmen gegenüber der EU-Kommission. Deshalb hat diese vor kurzem eine Diskussion in Gang gesetzt, an dessen Ende eine Reform der Verschuldungsregeln stehen wird: voraussichtlich weniger restriktiv, einfacher zu handhaben und noch flexibler. Ein aktuelles Diskussionspapier des Rettungsfonds ESM geht in diese Richtung. Es beinhaltet drei wesentliche Änderungen: (1) die Schuldenstandsgrenze wird auf 100 Prozent erhöht; (2) neu wird eine Ausgabengrenze eingeführt, nach der sich eine Ausgaben-



Euro-Münze und Finanzierungskurven: Einführung der 100-Prozent-Regel bei einem Festhalten an einem Maximaldefizit von drei Prozent?

obergrenze am Trendwachstum orientiert und (3) eine Flexibilisierung der Schuldenrückführung bei Überschreitung, für die bislang bereits 20 Jahre gewährt wurden. Zudem sollen weiterhin Ausnahmen in ökonomischen Krisenzeiten möglich bleiben. Die Autoren begründen ihren Vorschlag mit einer Anpassung an die bereits hohen Schuldenstände, die eine Rückführung illusorisch erscheinen lassen bzw. die nur unter wirtschaftlichen Verwerfungen möglich wäre. Außerdem hätten die Niedrigzinsen die Zinslast der Staatshaushalte gemindert.

Damit blenden sie einen zukünftig durchaus möglichen Anstieg der Zinsen aus. Schließlich soll das neue Konzept einfacher handhabbar sein – Ausnahmen, die die Komplexität durch fallweise Spielräume ersetzen, sollen aber möglich sein. Aus dem Englischen kommt die aus dem zielbasierten Sport abgeleitete Metapher einer „Verschiebung der Torpfosten“ – man könnte es auch als exekutive Willkür bezeichnen. Folgerichtig an diesem Vorschlag ist, daß ihm die ökonomische Fundierung genauso fehlt wie der derzeitigen Maastricht-Regel.

Zwar gilt der mathematische Zusammenhang, nach dem die 60 Prozent-Schuldengrenze bei drei Prozent Haushaltsdefizit und einer BIP-Wachstumsrate vom fünf Prozent (zwei Prozent Inflation und drei Prozent reales Wachstum) langfristig gehalten wird. Sind die Zinsen für die Staatsanleihen zudem niedriger als die Wachstumsrate, gibt es Ausgabenspielräume in Höhe dieser Differenz. Im umgekehrten Fall muß ein Teil der Zinslast

durch Etaireinsparungen ausgeglichen werden. Warum das zulässige Haushaltsdefizit aber genau drei Prozent und nicht 2,5 oder vier Prozent betragen sollte, ist ökonomisch nicht zu begründen, so der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, der einst als deutscher Verhandlungsführer diese Regel nach französischem Vorschlag mit formulierte. Bei Einführung der 100-Prozent-Regel und einem Festhalten an einem Maximaldefizit von drei Prozent gehen die Autoren indirekt von einem BIP-Wachstum von dann nur noch drei Prozent aus (zwei Prozent Inflation, ein Prozent Wachstum).

Europäischer Währungsfonds durch die Hintertür?

Was aber, wenn die Inflation wider Erwarten mittelfristig auf Werte um die vier Prozent pendelt? Dann wäre sogar eine Defizitquote von fünf Prozent des BIP angemessen. Und wären angesichts des Auseinanderdriftens der Mitglieder der Währungsunion hinsichtlich unterschiedlicher national ermittelter Inflations- und Wachstumsraten nicht auch differenziert festzulegende nationale Defizit- und Verschuldungsgrenzen überlegenswert – die den historischen Kontext von Überschreitungen antizipativ mitberücksichtigen könnten? Schließlich belasten insolvenzgefährdete Euromitglieder die gesamte Währungsunion. Interessant bleibt die Frage, warum aus dem ESM dieser „weiche“ Vor-

schlag kommt. Da infolge der teils überaus hohen Schuldenstände einzelner Staaten eine Verlängerung ihrer Kredite oder gar zusätzliche Schulden am Kapitalmarkt mittelfristig ohne EU-Garantien kaum mehr möglich sein dürften, bietet sich der ESM als Schuldenagentur für zukünftige EU-Kredite (Eurobonds), aber auch als Kreditagent liquiditätsgefährdeter Eurostaaten an. Dies entspricht dem Europäischen Währungsfonds, den die EU-Kommission bereits seit 2015 mit dem „Bericht der fünf Präsidenten“ verfolgt. Der bislang auf völkerrechtlicher und damit zwischenstaatlicher Grundlage stehende ESM würde in eine EU-Institution auf supranationaler Basis aufgewertet. Die Pointe: In einem „besonderen Verfahren der Vertragsänderung“ (Art. 126 Abs. 14) kann das „Protokoll (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ als EU-Vertragsbestandteil durch eine neue EU-Verordnung mit den neuen Schuldenregeln abgelöst werden. Sekundärrecht ersetzt hier höheres Vertragsrecht. Es reicht eine qualifizierte Mehrheit im EU-Ministerrat – wohl ohne Zustimmung des Bundestages.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. „EU fiscal rules: reform considerations“; ESM Discussion Paper Series, 17/21: esm.europa.eu/sites/default/files/document/2021-10/ESMDP17.pdf

Bill Gates wirbt für eine Nutzung der Atomkraft

REDMOND. Der US-Milliardär und Klima-Aktivist Bill Gates hat erneut für die Atomkraft geworben. „Sollten wir einen wundersamen Durchbruch bei den Kosten der Stromspeicherung erreichen, brauchen wir uns keine Gedanken um Nukleartechnologie zu machen. Aber in der Zwischenzeit sind Energieformen, die wetterunabhängig sind hilfreich – also auch dann Strom produzieren, wenn der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint –, um die nötige Verlässlichkeit zu gewährleisten“, erklärte der Microsoft-Mitgründer im *Handelsblatt*. Daher finanziere er eine Firma, die einen Atomreaktor der vierten Generation baue, denn der globale Strombedarf werde dramatisch steigen: „Ein erstes Probekraftwerk wird derzeit in den USA gebaut und in den kommenden fünf Jahren fertiggestellt“, so Gates. Auch die laufenden AKW's in Frankreich seien weiterhin unverzichtbar: „An vielen Tagen wird die französische Kernenergie in die europäischen Stromnetze gespeist und hilft gerade nachts, wenn Solaranlagen nichts liefern und auch die Windkraft zurückgeht. Ich freue mich, daß die Franzosen ambitionierte Ziele haben, um Atomkraft billiger und sicherer zu machen“, meinte Gates. Die Welt werde noch eine Menge Erdgas verbrauchen, bis die CO₂-Emissionen wirklich auf null sinken. „Die Leute wollen ihre Häuser heizen, sie wollen, daß die Fabrik, in der sie arbeiten, Strom hat“, erläuterte der 66jährige Investor. (fis) www.gatesnotes.com

Höherer Mindestlohn für 8,6 Millionen Beschäftigte

DÜSSELDORF. Der angekündigten Erhöhung des Mindestlohns von 9,60 auf zwölf Euro würden etwa 8,6 Millionen Beschäftigte profitieren. Das ergab eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (*WSI Policy Brief* 62/21). Etwa 30 Prozent der Arbeitnehmer, die in ihrem Hauptjob nicht nach einem Tarifvertrag bezahlt werden, arbeiteten aktuell für weniger als zwölf Euro pro Stunde. Mit Tarifvertrag seien es nur 9,5 Prozent. Die Zahlen zeigten, daß der von den Ampel-Koalitionären versprochene höhere Mindestlohn „keinen tiefen Eingriff in die Tarifautonomie“ bedeute, erklärte WSI-Arbeitsmarktexperte Toralf Pusch. Niedriglöhne gebe es am häufigsten im Einzelhandel, dem Gesundheitswesen, der Gebäudebetreuung, der Gastronomie und dem Sozialwesen. (fis) www.boeckler.de

Zahl der Woche

Auf 17.160 Hektar ist die Baumschulfläche der 1.540 Gartenbaubetriebe, die Bäume, Sträucher, Zier- und Obstgehölze oder Forstpflanzen in Deutschland großziehen, in diesem Jahr gesunken. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2017 verringerte sich die genutzte Fläche um 7,8 Prozent und die Zahl der Baumschulbetriebe um 10,4 Prozent. Die meisten Baumschulen befinden sich mit 399 Betrieben und einer Fläche von 4.790 Hektar in Niedersachsen. Quelle: Statistisches Bundesamt

Erloschene Weltmarktführer aus Sachsen

Wirtschaftsbuch: Der Unternehmer Hermann Golle würdigt Mitteldeutschland als Wiege von Firmen, die Deutschland groß gemacht haben

PAUL LEONHARD

Der amerikanische Ursprung der ersten sowjetischen Autos war unverkennbar. Der bis 1956 produzierte Moskwitsch-400 war hingegen kein Ford-Nachbau, sondern praktisch der Opel Kadett von 1936. Die Produktion des Pkws in Moskau wurde nach Kriegsende von Fachleuten der Erzgebirgischen Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzenberg (ESEM) und einstigen Auto-Union vorbereitete. Die benötigten Maschinen wurden unter anderem aus den BMW-Werken in Eisenach „geholt“.

Und auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wurden in Sachsen weitere Karosseriewerkzeuge gefertigt. Die ESEM lieferte alle Großwerkzeuge für die sowjetischen und tschechischen Autotypen, später auch für die meisten DDR-Fahrzeuge. Selbst VW ließ schon vor 1989 bei ESEM produzieren. Die Firma, die 2018 als Porschebetrieb 120 Jahre Werkzeugbau in Schwarzenberg feiern konnte, ist eines der wenigen Beispiele, wo mitteldeutsche Unternehmen der Demontage entgingen, den Sozialismus überlebten und auch der Abwicklung durch die Treuhänder entgingen.

Aber auch hier ist Sachsen nur eine verlängerte Werkbank der Zentrale in Stuttgart. Wertschöpfung in den neuen Ländern, aber Unternehmenssitz im Westen – das ist seit 1990 die gängige Praxis. Dabei

hatte Mitteldeutschland einst die größte Industriedichte in Europa. Hier stand die Wiege Hunderter Unternehmen, die Deutschland groß gemacht haben. All das beschreibt detailliert Hermann Golle in seinem Buch „Der große Wirtschaftstransfer von Ost nach West nach 1945 – Tausende Ostbetriebe bauten den Westen wieder auf“. Und die Bestandsaufnahme nach drei Jahrzehnten deutscher Einheit ist für den 1934 geborenen Unternehmer und Inhaber mehrerer Patente („Golle-Motor“) mehr als ernüchternd: „Die ostdeutschen Bundesländer sind ab den Jahren 1945/50 verarmt und werden arm bleiben.“

Firmen wie Audi, Villeroy & Boch oder Wella stammen aus Sachsen

Auch mit Blick auf die kommende Zerschlagung der Energiewirtschaft in der Lausitz und um Leipzig, den die Politik als ökologischen Strukturwechsel verharmlost, ist dem nicht zu widersprechen. Schon mit dem Abzug der Amerikaner aus Thüringen und Westsachsen im Juli 1945 verschwanden Patente, Konstruktionsunterlagen, Materialvorräte und häufig auch die besten Erfinder und Konstrukteure, schreibt der promovierte Ingenieur für Maschinenbau und Flugzeugtechnik.

Das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Handlanger sorgte dann für eine weitere Massenflucht von mittelständischen Unternehmern, Ingenieuren und hochspezialisierten Facharbeitern. Ähnliches vollzog sich auch in der Tschechoslowakei und Ungarn. „In der BRD war das Wirtschaftswunder – hauptsächlich dank der vielen tausend Exilfirmen aus Mitteldeutschland, Böhmen und Schlesien – in vollem Gang, in der DDR hatte eine unvergleichlich stärkere Vernichtungs- und Enteignungswelle eine Lähmung auf allen Gebieten hervorgerufen“, konstatiert Golle. Das Ausmaß der Vernichtung des Mittelstandes ist derart gewaltig, daß sich Golle auf Sachsen konzentriert. Weitere Bände für Thüringen und

Sachsen-Anhalt sind angekündigt. Wie schon in seinem ersten Buch („Das Know-how, das aus dem Osten kam“; Hohenheim Verlag 2002) erinnert Golle an die Innovationskraft von Chemnitz, an nahezu flächendeckende „Industriedörfer“ und ein vorbildliches Straßennetz und Eisenbahnnetz. Und wer weiß noch, daß Firmen wie Audi, Leifheit, Villeroy & Boch und Wella oder Verlage wie Breitkopf & Härtel, Brockhaus und Reclam ursprünglich aus Sachsen stammen?

Dabei unterteilt der Autor den Freistaat in sechs Kernbereiche: die Textilindustrie um Plauen mit mindestens 800 Firmen; den Raum Chemnitz als Zentrum des Werkzeug- und Textilmaschinenbaus; Dresden stand für die Foto-, Tabak-, Schreib-, Verpackungs- und die Gesundheitsbranche; Leipzig stand für die polygraphische, Rauchwaren- und Metallindustrie; Ostsachsen hatte Maschinen-, Waggon- und Fahrzeugbau; Aue, Schwarzenberg und Glashütte waren Zentrum der Uhrenmacherei und der Rechenmaschinen.

Tabellarisch listet der Autor allein für den Bereich Dresden 36 Firmen auf, von denen 18 seit den 1990er Jahren den Vermerk „erloschen“ tragen. Warum einzelne Firmen letztlich erfolgreich privatisiert werden konnten, andere aber scheiterten, kann der Autor, wie er zugibt, auch nicht erklären. Von einst weltweit führenden Unternehmen haben nur wenige ihre Position halten können. Für Dresden nennt Golle Mikromat, Planetar und das Sachsenwerk. Die geringe Wirtschaftskraft Sachsens lasse sich nur dadurch erklären, daß die Gewinnabführung an die neuen Stammsitze der Unternehmen im Westen erfolge, schreibt Golle.

Als Ausweg fordert der Autor den Aufbau einer Industriestruktur mit landeseigenen Firmen, eine stärkere Ansiedlung von Großunternehmen mit Bundesbeteiligung und die Vergabe von Rüstungsaufträgen an neu zu gründende Unternehmen, an denen die Länder 25 Prozent der Anteile halten: „Und so beginnen in Plauen und Magdeburg die Wartung, Reparatur, Teilefertigung von bestimmten Panzern und Fahrzeugen bis zum Neubau solcher

Fahrzeuge und Systeme“, träumt Golle. „Diese Firmen könnten Neuheiten entwickeln, mit Mitteln vom Kapitalmarkt wachsen, dürfen aber nicht mehrheitlich in andere Hände und Länder gehen.“ Gleiches gelte etwa auch für die Bahntechnik. Und warum sollte nicht die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) ins Deutsche Hygienemuseum Dresden verlegt werden?



Hermann Golle: Der große Wirtschafts-Transfer von Ost nach West nach 1945. Verlag DeBehr, Radeberg 2021, broschiert, 694 Seiten, 19,95 Euro

14. EIKE

INTERNATIONALE KLIMA- UND ENERGIEKONFERENZ

12.-13. NOVEMBER IN GERA

Weltklimarat IPCC

Jetzt anmelden per Mail an Info@eike.pw

Alle Informationen auf www.eike-klima-energie.eu

ANZEIGE